

Vorausschauende Strukturpolitik

Karl-Heinz Dignas, Deutsche Sparkassenzeitung, Nr. 78, 11.10.1977, Seite 1

„Strukturell“ ist das Modewort, mit dem heute viele Politiker, Journalisten und auch Wissenschaftler schnell bei der Hand sind, wenn es um die Erklärung der augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten geht. „Strukturpolitik“ ist dann der Zauberstab, mit dem — so scheint's — diese Probleme rasch weggezaubert werden können.

Nun wird wohl keiner behaupten können, daß es Strukturwandel durch Strukturpolitik in der Vergangenheit nicht gegeben habe. Doch wird diesem Argument häufig entgegen gehalten, daß früher die Strukturwandlung nicht so heftig vor sich ging, was nur zeigt, daß die Menschen die Fähigkeit besitzen, schnell vergessen zu können. Weiter wird behauptet, daß es bis jetzt nur eine „reaktive“ Strukturpolitik gegeben habe, zukünftig wolle man aber eine „vorausschauende“ Strukturpolitik in die Wege leiten. Hier hält man verwundert inne. Hat der Staat in der Vergangenheit etwa nicht, wie man es bei jedem Arbeitnehmer und Unternehmer als normal ansieht, bestimmte Folgen, Wirkungen seiner Handlungen einkalkuliert? Hat er etwa nicht, um nur ein Beispiel zu nennen, mit seinen vermögenspolitischen Maßnahmen bestimmte Erwartungen im Hinblick auf die Vermögens-„Struktur“ verbunden, das heißt vorausschauend gehandelt?

Wer sich die Mühe macht, die vielen Seiten Text, die sich mittlerweile mit diesem Thema beschäftigen, zu analysieren, wird am Ende feststellen, daß trotz aller Verschiedenheit aller Konzepte der vorausschauenden Strukturpolitik eines gemeinsam ist: Die Forderung nach mehr Planung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch den Staat. Dies ist so neu aber auch nicht und etwas erstaunlich angesichts der Tatsache, daß westliche Länder, die wie Frankreich schon immer auf mehr staatliche Planung gesetzt haben, viel mehr Probleme haben als die Bundesrepublik, ganz zu schweigen von den sozialistischen Ländern, in denen strukturelle Schwierigkeiten zum System dazugehören. Weiterhin muß es nachdenklich stimmen, daß es gerade in den Bereichen, in denen der Staat auch bei uns traditionell die Richtung bestimmt (Energie, Verkehr, Bildung, Soziale Sicherheit), die Schwierigkeiten am größten sind.

Doch solcher Hinweis auf die Tatsachen ficht die Verfechter alter Ideen im neuen Gewande nicht an, denn sie können dem ja entgegen halten, daß sie alles besser machen wollen. Was ist also ihrer Meinung nach zu tun? Eine Strukturpolitik, wie sie ihnen vorschwebt, braucht zunächst einmal ein widerspruchsfreies gesamtwirtschaftliches Zielsystem. Doch dies steht im Widerspruch zu dem Pluralismus von Zielen, Interessen und Bedürfnissen, den man in unserer Gesellschaft vorfindet.

Demokratische Abstimmung z. B. über die richtige Konsumstruktur führen, was sozialwissenschaftliche Berater eigentlich wissen müssen, nicht zu eindeutigen Lösungen. Auch die anvisierten „Strukturräte“ können dies Problem nicht lösen. Eindeutige Lösungen gibt es nur, wenn man den faktischen Pluralismus abschafft. Es gibt ja schon genügend „Wissenschaftler“, die für diesen Fall „objektive“ Bedürfnishierarchien aufstellen.

Will man aber den Pluralismus nicht beseitigen, so bleiben als „gesamtwirtschaftliche“ Zielsetzungen nur Leerformeln wie z.B. „Gerechtigkeit“ oder „gleiche Lebensbedingungen“ übrig. Wozu dann dieser Aufwand?

Aber auch wenn es einen allgemeinen Konsens über die einzuschlagende Richtung gäbe — den es in der Praxis eben nicht gibt — müßte man wissen, wo man augenblicklich steht und wie man zum Ziel kommt. Es ist deshalb nur konsequent, daß die Sammlung und Konzentration des gesamten theoretischen und empirischen Wissens über strukturelle Entwicklungen bei der staatlichen Steuerungsstelle angestrebt wird. Dazu soll der Auf- und Ausbau der Strukturstatistik, die Einrichtung eines wissenschaftlichen Beratergremiums, die Strukturräte und Investitionsmeldestellen dienen. Auch wenn man das letztere nicht als Vorboten einer staatlichen Investitionslenkung ansieht, so genügt die detaillierte Beschreibung des strukturellen „Ist“ und „War“ für die Errechnung von Trends nicht, um erfolgreich steuern zu können. Man braucht dazu Aussagen über das „Warum“!

Denn nur aus solchem Wissen um Strukturgesetzmäßigkeiten lassen sich strukturpolitische Instrumente basteln. Wandel, die auch noch wahr sein müssen, sind nicht in Sicht. Solche — im übrigen diametral entgegengesetzte — Visionen, wie die des Herrn Kahn oder des Club of Rome mögen als Bettelkürze interessant sein, als Grundlage für eine gesamtwirtschaftliche Strukturpolitik kommen sie nicht in Frage. Auf dieser total unsicheren Basis aber eine doch sehr anspruchsvolle Steuerung der regionalen und sektoralen Struktur in die Wege leiten zu wollen, erscheint deshalb als ein sehr fragwürdiges Unterfangen. Die Schwierigkeiten der theoretisch und empirisch viel besser abgesicherten Globalsteuerung sollte doch den letzten Optimisten die Augen geöffnet haben.

Aber auch ein — niemals erreichbares -vollkommenes Wissen über strukturelle Zusammenhänge in der staatlichen Steuerungszentrale wäre immer noch nicht hinreichend für eine erfolgreiche „vorausschauende“ Strukturpolitik. Hinzukommen müßte, die (absolute) Macht der Zentrale, die konzipierten Maßnahmen auch durchzusetzen. Hieraus ist die Klage aller derjenigen verständlich, die den Spruch „Wenn man uns nur ließe...“ dauernd im Munde führen. Man klagt über die Ohnmacht der Politik gegenüber „der Wirtschaft“, über die Zersplitterung der staatlichen Macht in Judikative, Exekutive, Legislative einerseits und in Bund, Ländern und Gemeinden andererseits ohne einen Gedanken daran zu verschwenden, daß die Aufhebung der „Zersplitterung“ der staatlichen Macht die gleichzeitig beschworene Freiheit des einzelnen empfindlich einschränken würde. Einen ersten Schritt in Richtung Konzentration der staatlichen Macht erhofft man sich durch die Ausstellung des viel gepriesenen „Bundesentwicklungsplans“, aber auch durch die Abschaffung der Autonomie der Deutschen Bundesbank.

In letzter Konsequenz stellt natürlich jeder Bereich privatwirtschaftlicher Autonomie einen Störfaktor so verstandener Strukturpolitik dar, was allerdings nur wenige Befürworter der vorausschauenden Strukturpolitik voll konzeptionell umsetzen können. Die Mehrheit hütet sich vor solchen Reizworten wie Verstaatlichung oder Vergesellschaftung.

Zieht man ein Fazit, so läßt sich sagen, daß, würde eine so verstandene vorausschauende Strukturpolitik in die Tat umgesetzt, sich die ordnungspolitische Landschaft in der Bundesrepublik grundlegend verändern würde. Mag man dies begrüßen oder nicht, man sollte es nur wissen und nicht diese „neue“ Wunderwaffe als Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft preisen.

. Solche Theorien über die bestimmenden Faktoren des strukturellen